

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Auer Sonntagsblatt.  
Sprechstunde der Redaktion mit Ausnahme der Sonntage nachmittags 4-5 Uhr. — Telegramm-Adresse: Tageblatt Erzgebirge. Fernsprecher 53.  
Für unentgeltlich eingelangte Manuskripte kann Gewähr nicht geleistet werden.

Redaktionsrat: Dr. Hermann...  
Redaktion: Auer...  
Verlag: Auer...

Nr. 30 Dienstag, den 5. Februar 1918 13. Jahrgang

# Die Entente setzt den Krieg fort.

Eine Kundgebung des Versailler Kriegsrates. — Die Mittelmächte und die Ukraine. — Verurteilung eines sozialistischen Abgeordneten.

### Zur Lage an der Ostsee.

Ein Walte, ein vorzüglicher Kenner des Landes, schreibt über die jetzigen Zustände in Kurland:  
Der deutsche Vormarsch, der seine Vollendung nicht durch Besetzung Liv- und Estlands fand, sondern durch Einnahme der dem Baltischen Meerbusen vorgelagerten Inseln halt machte, erzeugte eine Verschärfung der englischen Pläne zur Beherrschung der nördlichen Ostsee. Der eine Pfeiler der zwischen England und Rußland ausgebauten „nordischen Brücke“ — Estland — soll nun fest in englische Hände gebracht werden. England wird Estland weitgehende politische Konzessionen machen, wirtschaftlich es aber zu beherrschen verstehen; auch Finnland — der zweite Pfeiler — wird sich, ebenso wenig wie die drei skandinavischen Staaten, von englischem Druck befreien können, solange Estland zu dem von England geschaffenen nordischen System gehört. Somit verbleibt auch Rußland in englischer Vormachtigkeit und kann sich nicht für uns orientieren; durch Reval wird Riga handelspolitisch ausgeschaltet werden.  
Der nicht zum Abschluß gelangte Vormarsch in der Ostsee hat das Deutschtum in Liv- und Estland der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt.

Russische Truppen, die um die Ostsee zu kämpfen nicht gewillt waren, wurden in großen Mengen nach Estland geworfen, nachdem sich herausgestellt hatte, daß deutscherseits weiterer Vormarsch nicht geplant wurde; die gute Ernte in Estland und Nordbaltland sollte die Verpflegung einestells des russischen Heeres sicherstellen; als undisciplinierte Banden ergossen sich diese Truppen über das unglückliche Land, Mord, Brand und Raub um sich verbreitend; Gutshöfe und Bauernhöfe wurden eingeäschert, Vorräte geraubt oder vernichtet, Vieh verschleppt oder umgebracht. Schon jetzt herrscht Hungersnot; kein Deutscher kann auf dem Lande leben; alle haben sich in die Städte zurückgezogen, nachdem sie der sinnlosen Vernichtung ihres Hab und Gutes unter schwersten persönlichen Injultierungen hat zusehen müssen. In den Städten leben sie, zusammengepfercht, von den dorthin geschafften knappen Vorräten. Nach vollständiger Ausraubung des Landes müssen sie mit „Requisition“ dieser Vorräte rechnen; welche Schandthaten beim Eindringen in die waldreichen Wohnhäuser möglich sind, kann nur derjenige beurteilen, der den „gutmütigen“ Russen kennt.

Viele Gutbesitzer sind Landesflüchtig, weil sie beauftragt, „Aburteilung“ gesucht werden; andere sind ermordet worden; viele Pastoren arretiert, andere haben sich verborgen, weil sie von den Maximalisten beschuldigt werden, die estnischen Bauern zum Widerstand gegen die Aufstellung der Güter, gegen die Plünderung des Inventars aufgefordert zu haben.

Der 80jährige Graf Stachelberg, Idenhof wurde als Geisel nach Reval geschleppt, weil bei einer Verleumdung auf seinem Gut drei rote Garbisten ins Jenseits befördert worden waren; hinter den rot ausgelegenen Särgen dieser „Freiheitshelden“ wurde der alte Mann mit Kolbenstößen hergetrieben, bis er vor Erschöpfung zusammenbrach; jetzt liegt er im Gefängnis.

Die rote Garde, die die „heilige Revolution“ verkündigen soll, rekrutiert sich aus dem Abgang der Bevölkerung und findet dank glänzender Werbung starken Zuzug; ein roter Garbist erhält, wenn er keine Beschäftigung hat, täglich 30 Mark; für geübte Arbeiter 60 Mark pro Tag und wenn er mit Besatz verbundene Dienste zu leisten hat, so besteht er mit 100 Mark pro Tag.

Die Banken sind geschlossen oder militärisch besetzt; mehr als 300 Rubel pro Mann und Konto darf nicht ausgezahlt werden und auch dieser bei der allgemeinen Preissteigerung ungenügende Betrag kann nur mit Genehmigung eines roten Garbisten bezogen werden. Die Wohngebäude sind nationalisiert; der Eigentümer erhält eine „Gage“ und ist froh, wenn ihm einige Räume gelassen werden. Die Kirchen sind enteignet, dienen als Klub- und Meetingräume.

Die bürgerliche estnische Bevölkerung ist völlig machtlos; der Terror und der leichte Gelderwerb haben zudem das moralische Niveau herabgedrückt; freiwillig und gezwungen machen viele gemeinliche Sache mit den maximalistischen Banden. Scheu und Respekt vor dem Deutschen hat aufgehört, nachdem mit der Möglichkeit der Besetzung des Landes nicht mehr gerechnet zu werden braucht.

### Der heutige amtliche Kriegsbericht.

(Amtlich.) Großes Hauptquartier, 5. Februar.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht.  
Von der Küste bis zur Lys Artilleriekampf, der sich am Abend an der Bahn Boesinghe Staden bei Abwehr eines englischen Vorstoßes sowie zwischen Paschendale und Vere beträchtlich steigerte.

Am La Bassée Kanal und an der Scarpe lebte die Feuerartillerie zeitweilig auf.

Bei erfolgreichen Erkundungen südlich von Armentieres und bei Grandcourt wurden einige Engländer gefangen.

Seeresgruppe Teutscher Kronprinz.  
Badische Stoßtruppen drangen südlich von Beaumont tief in die französischen Stellungen ein, fügten dem Gegner schwere Verluste zu und kehrten mit 33 Gefangenen und mehreren Maschinengewehren in ihre Linien zurück.

Seeresgruppe Herzog Albrecht.  
Auf den Maasböden nördlich und südlich von St. Mihiel lebte die Geschützartillerie am Nachmittag auf.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

#### Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Die Balten müssen für ihr treues Verhalten zur deutschen Sache büßen; Verlust ihres Hab und Gutes verschmerzen sie; die moralischen Qualen aber, denen sie täglich ausgesetzt werden, sind schier unerträglich. Sollte nicht jetzt auch von baltischer Seite von einer Ehrenpflicht des deutschen Volkes gesprochen werden dürfen, dem man Treue gehalten hat? Sätten die Balten sich russisch orientiert, so erginge es ihnen besser; das aber lehnen sie als Verrat an der gemeinsamen Sache ab. Der Gang der Verhandlungen in Brest-Litowsk muß ihnen die letzte Hoffnung nehmen.

### Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

#### Trozkis Spitzindigkeiten bezüglich Polens und Finnlands.

Aus Brest-Litowsk wird gemeldet: Am Freitag hielt die deutsch-österreichisch-ungarisch-russische Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen eine weitere Sitzung ab. Staatssekretär von Kühlmann erklärte zu der Frage der Einladung bzw. Zulassung von Vertretern der westlichen Mandatsstaaten zu den Verhandlungen, der frühere Standpunkt der Mittelmächte in dieser Angelegenheit sei vollkommen unverändert geblieben.

Hinsichtlich der Zustellung einer Abordnung der polnischen Regierung zu den Verhandlungen erklärte Trozki: Wir erkennen die Selbständigkeit und Unabhängigkeit des polnischen Staates in vollem Umfange an. Diese Selbständigkeit ist aber nur eine scheinbare, solange Polen unter dem Regime der Besetzung steht; wir können nicht diejenigen Vertreter, die durch den Willen der besetzenden Behörden eingesetzt worden sind, als die Vertreter des polnischen Volkes ansehen. Als Bevollmächtigte zur Teilnahme an diesen Verhandlungen könnte er nur eine Vertretung Polens ansehen, welche sich auf die Waffen stützen würde. Staatssekretär von Kühlmann erwiderte, er wisse nicht, warum der Vorsitzende der russischen Delegation von den westlichen Mandatsvölkern heute die Polen ausgenommen habe, er glaube aber, einen gewissen Fortschritt darin erkennen zu können, daß Herr Trozki die Selbständigkeit des polnischen Staates in vollem Umfange anerkannt habe. Wenn Herr Trozki auch für die westlichen Mandatsvölker Rußlands die Selbständigkeit anerkennen wollte, so würden die Verhandlungen hiermit einen erheblichen Schritt vorwärts kommen.

In Beantwortung einer Bemerkung Trozkis, daß die Regierungen der Mittelmächte die neue finnische Regierung noch nicht anerkannt haben, erklärte Staatssekretär von Kühlmann, die Stellungnahme zu den Zuständen in Finnland müsse vorbehalten werden, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß ihm von russischer Seite zahlreiche Klagen darüber zugekommen seien, daß die mehrheitlich geläuterten Wünsche auf Ru-

rückziehung der russischen Truppen aus Finnland von der russischen Regierung nicht in befriedigender Weise beantwortet worden seien. Mit Trozki mit seinen heutigen Erklärungen wenigstens die Existenz und die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannt habe. Dagegen vermöge er nicht zuzugeben, daß die Frage, ob die gegenwärtige polnische Regierung den polnischen Staat zu vertreten berechtigt sei, dem Schiedspruch einer dritten Regierung unterliege.

Zur finnländischen Frage bemerkte Trozki, als der finnische Senat sich mit der Bitte um Anerkennung der Selbständigkeit Finnlands nach Petersburg gewandt habe, habe dieser selbst den Gedanken geäußert, daß die Truppen spätestens nach Abschluß des Krieges zurückgezogen würden. Es sei nicht ausgeschlossen, daß zwischen Abteilungen der russischen Truppen und Teilen der finnischen Bürgerarmes Zusammenstöße stattgefunden hätten, doch leugne er, daß diese Zusammenstöße irgend welchen Einfluß auf den Gang der engeren Kämpfe in Finnland hätten haben können. Was die Ernennung polnischer Vertreter betrifft, so erkenne er in vollem Umfange das Recht des polnischen Volkes an, selbständig und unabhängig zu existieren. Aber er wolle nicht die Augen davor verschließen, daß dieser polnische Staat jetzt von fremden Truppen besetzt sei und daß die sogenannte polnische Regierung sich nur innerhalb der Grenzen bewegen dürfe, die ihr von oben her gesteckt würden. Wenn der Staat weder Grenzen noch einen König habe, dann sei er kein Staat und kein Königreich. Man habe es hier mit noch nicht endgültig gestalteten Verhältnissen zu tun. Auf die Bemerkung des Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen Delegation habe er zu erwidern, daß seine Regierung durchaus nicht als Schiedsrichter in den Fragen aufzutreten wolle. Sie schlage nur einen Weg für die Nachprüfung der Berechtigung der polnischen Regierung vor.

#### Treffende Bemerkungen Czernins.

Graf Czernin bemerkte, die Delegationen der verhandelnden Mächte seien nicht hierher gekommen, um einen geistigen Ringkampf auszusetzen, sondern um zu versuchen, ob und inwieweit es möglich sei, zu einer Verständigung zu gelangen. Der polnische Staat sei in Entwicklung begriffen und sein Entwicklungsweg sei noch nicht abgeschlossen, deshalb habe Polen auch noch keine feststehenden Grenzen. Aber auch die russische Republik habe noch keine feststehenden Grenzen, was indes die Mächte des Biedbundes nicht hindere, mit der gegenwärtigen russischen Regierung zu verhandeln. Wenn Herr Trozki gegen die Mächte des Biedbundes den Vorwurf zu erheben scheine, daß sie die neue finnische Regierung nicht anerkannt, so müsse er feststellen, daß ihm von der Abtät einer Nichtverhandlung nichts bekannt sei.

Staatssekretär v. Kühlmann bemerkte, aus der ersten Erklärung Trozkis habe er den Eindruck gewonnen, als hätte der Redner bunt rückfällig die Selbständigkeit des polnischen Staates anerkannt. Nun habe aber Trozki in einer zweiten Erklärung ausgeführt, daß Polen mangels fester Grenzen und mangels eines Königs weder ein Staat noch ein Königreich sei. Er müsse doch darauf hinweisen, daß man sich vollständig in die Wolkeln verliere, wenn man die Grundlage einer gefunden juristischen Konstruktion verlasse. Am Schluß machte Staatssekretär v. Kühlmann Mitteilung davon, daß er gezwungen sei, auf kurze Zeit zu verreisen. Die Zeit seiner Abwesenheit würde durch Verhandlungen von Macht zu Macht zwischen anderen in Brest vertretenen verbündeten Delegationen und der russischen Abordnung auszufüllen sein.

#### Die Berliner Besprechungen.

Staatssekretär v. Kühlmann und Graf Czernin sind am Montag mittag zur angekündigten Besprechung mit General Ludendorff in Berlin angekommen. Wie der „Vol-Anz.“ hört, betreffen die Beratungen nicht nur die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Ostens, sondern auch sonstige wichtige Fragen, die namentlich bei den Abmachungen mit der Ukraine zu erledigen sein werden. Uebrigens verlautet, daß auch die zumänische Frage seit einigen Tagen in ein neues Stadium getreten sei. Man glaubt, daß die rumänische Regierung, durch die Ereignisse der letzten Zeit eines Besseren belehrt, nunmehr einschließen